

Regierungsprogramm: Thema Pflege bleibt vage, Kassenreform ist fix

Österreicher haben große Erwartungen an die neue türkis-grüne Regierung.

WIEN – Wenig Neues gibt es im Gesundheitsbereich. Bei der Kassenreform fällt auf, dass die türkis-blaue Kassenreform in keiner Weise angegriffen wird. Bei der Pflege gibt es u. a. Bekenntnisse zu einem Pflege-Daheim-Bonus und einer Personaloffensive, konkrete Ausformungen fehlen aber noch.

PRÄVENTION und GESUNDHEITSFÖRDERUNG: Hier wird das „Forcieren von Impfungen“ genannt, aber keine Impfpflicht. Auch der Punkt „keine Ausweitung von Selbstbehalten für Arztbesuche im ASVG“ hat es in diesen Abschnitt geschafft.

SOZIALVERSICHERUNG: Dieser Bereich fällt äußerst knapp aus und beschränkt sich auf zwei dürre Sätze. Lediglich ein Bekenntnis der Regierung zum Prinzip der Selbstverwaltung wird hier abgegeben, ansonsten scheint man nicht in die umstrittene (aber vom VfGH in den Grundsätzen belassene) Reform der ÖVP/FPÖ-Regierung eingreifen zu wollen. Auch das Thema Risikoausgleich zwischen den Trägern wird nicht angegriffen (die neue Gesundheitskasse trägt hier allein sämtliche Arbeitslosen, Mindestsicherungsbezieher oder Asylwerber mit).

GESUNDHEITSVERSORGUNG: Hier wird die Weiterentwicklung der E-Card, Ausbau der Primärversorgung, die wohnortnahe Versorgung durch Kassenärzte, die Erweiterung der Vertragsarztmodelle, eine Facharzt-offensive, die Stärkung der nichtärztlichen Gesundheitsberufe,



Brigitte Zarfl übergibt ihr Amt an den neuen Sozialminister Rudolf Anschober.

die Evaluierung der Zugangsbestimmungen zum Medizinstudium und das Bekenntnis zum System der öffentlichen Apotheken genannt.

PFLEGEREFORM: Die steigende Zahl der Pflegebedürftigen bzw. die demografische Entwicklung macht eine Reform der Pflege notwendig. Daher strebt die künftige Regierung in Abstimmung mit den zuständigen Bundesländern eine grundlegende Reform der Pflege an. Dies wäre allerdings auch schon unter Türkis-Blau geplant gewesen.

FINANZIERUNG: Die bestehenden Finanzierungsströme aus dem Bundesbudget sollen unter Berücksichtigung der demografischen und qualitativen Entwicklungen (z. B. Pflegegeld, Pflegefonds, Hospizausbau, Zweckzuschuss Regress, Förderung 24-Stunden-Betreuung, Pflegekarenz/Teilzeitgeld, Ersatzpflege, SV pflegender Angehöriger etc.) gebündelt und ausgebaut werden. Zudem soll eine Task Force „Pflegevorsorge“ eingerichtet und die Finanzierung der Palliativpflege und des Hospizes auf sichere Beine gestellt werden.

PFLEGEgeld: Das Pflegegeld soll nach betreuendem, pflegerischem und medizinischem Bedarf neu bewertet werden. Dabei soll der Bedarf berücksichtigt werden und beim Einstufungsprozess ein Mehr-Augen-Prinzip gelten.

PERSONALOFFENSIVE: Die Regierung will die Etablierung eines Ausbildungsfonds prüfen. Zudem sollen neue Zielgruppen angesprochen (zweiter und dritter Bildungsweg, Angehörige mit Pflegeererfahrung), Nostrifizierungen erleichtert

und die Durchlässigkeit zwischen allen Pflege-, Betreuungs- und Sozialberufen erhöht werden. Darüber hinaus sollen etwa die Pflegeberufe in die Mangelberufsliste aufgenommen werden.

PFLEGENDE ANGEHÖRIGE: Ziel ist neben der Einführung eines Pflege-Daheim-Bonus für pflegende Angehörige etwa ein pflegefreier Tag pro Monat als Unterstützung für pflegende Angehörige und Burn-out-Prophylaxe. Zudem soll die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert (Stichwort Pflegezeit oder -karenz) und die mobile Pflege und Betreuung ausgebaut und weiterentwickelt werden. Insbesondere sollen „young carers“ (pflegende Kinder und Jugendliche) präventiv entlastet werden.

COMMUNITY NURSES: Darüber hinaus soll österreichweit eine Demenzstrategie ausgerollt und das Projekt „Community Nurses“ in 500 Gemeinden umgesetzt werden. Durch Letztere sollen Angehörige professionelle Unterstützung erhalten.

DIGITALISIERUNG IM PFLEGE-BEREICH: Geprüft werden soll die Nutzung des bestehenden e-card-Systems für Pflegeleistungen und die Möglichkeit zur anonymisierten Nutzung von Pflegedaten zu wissenschaftlichen Zwecken. Auch soll eine umfassende Informationsplattform für Betroffene und Angehörige etabliert werden. [DT](#)

Quelle: www.medinlive.at

JA zum Klimaschutzvolksbegehren

Tut was fürs Klima! Dann tut ihr auch etwas für die Gesundheit.

WIEN – Der Klimawandel beeinträchtigt und gefährdet die Gesundheit. Das ist erwiesen. Die steigenden Temperaturen und signifikant häufigen Temperaturschwankungen belasten Herz und Kreislauf, die Verschmutzung der Luft belastet die Atemwege und erhöht das Krebsrisiko. Wer auf die Gesundheit achten will, muss auch für den Klimaschutz sein und umweltbewusst leben. Deshalb: Das Volksbegehren unterschreiben.

Es bedurfte erst der jungen Greta Thunberg, bis das Bewusstsein über die Gefährdung des Weltklimas auch bei den Konsumenten ankam – das mag populistisch klingen und nach Starkult, ist aber Fakt.

Noch nie haben so viele – vor allem junge Menschen – sich derart engagiert, wie bei der „Fridays for Future“-Bewegung.

Es ist gut, dass es mit der neuen Regierung erstmals ein Klimaschutzministerium gibt und dass

Gesundheitspolitik und Umweltpolitik vernetzt betrachtet werden.

Digitalisierung und Klimawandel

Zwei Phänomene werden gesundes oder ungesundes Leben in Zukunft besonders stark beeinflussen: die Digitalisierung und damit verbundene Bewegungsarmut und Konzentrationsminderung sowie die Suchtgefahr und der Klimawandel und die damit verbundene extreme Schadstoffbelastung.

Für beides muss rechtzeitig Prävention einsetzen: bereits in der Schule und Vorschule und am Arbeitsplatz. Spielsucht und IT-Sucht werden erstmals auch als Krankheit anerkannt, jetzt geht es darum, die notwendigen therapeutischen Angebote zu gestalten. Hier ist Österreich wenig aktiv: Es gibt lediglich ein anerkanntes Suchtbehandlungszentrum, das ursprünglich vor allem auf Alkohol- und Drogensucht spezialisiert war und heillos ausgelastet ist.

Wenn man bedenkt, dass 30 Prozent der Österreicher alkoholgefähr-



© Freitag.de – stock.adobe.com

det sind, dass die Anzahl der Drogenkonsumenten – vor allem von „modernen“ synthetischen Drogen wie Ecstasy und Co. – steigt, dann muss man rasch handeln und umdenken.

Wir werden – und das betrifft auch uns Ärzte und unser Selbstverständnis als Diagnostiker und Therapeuten – uns umstellen müssen und den modernen Süchten mehr Aufmerksamkeit schenken. Wir

müssen auch aktiv als Interesselobby für Klimaschutz und gegen Schadstoffemission eintreten.

Je ernster Umweltschutz genommen wird, umso effizienter kann auch die Gesundheitsversorgung gestaltet werden. [DT](#)

Autor: ao. Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres, Präsident der Ärztekammer für Wien und der Österreichischen Ärztekammer

ANZEIGE

calaject.de

„schmerzarm+komfortabel“